

# Universität und Jugendunruhen

Zu Beginn der 1980er Jahre brechen schweizweit Jugendunruhen aus. Die stürmische Proteststimmung erfasst auch die Universität Basel. Gleichzeitig entsteht hier das Bedürfnis, herauszufinden, wer und was genau sie überhaupt ist.

Im Oktober 1982 verschaffte sich die Universität Basel Klarheit über sich selbst. Nach einem Vorstoss der studentischen Vertreter\*innen in der Regenz zwei Jahre zuvor gab sie nun zum ersten Mal eine Befragung zur *sozialen Lage von Studierenden* in Auftrag. Rektorat und Regenz unterstützten das Begehren der Studierenden in der Absicht, Informationslücken über die Studierendenschaft zu schliessen, und so wurde die Durchführung der Studie dem Soziologischen Seminar, nach Absprache mit dessen Vorsteher Paul Trappe, überantwortet.<sup>1</sup> Zu ihrer sozialen Lage befragt wurden im Rahmen der Studie 391 Studierende, die über die Faktoren »soziale Herkunft«, »schulische Laufbahn«, »ökonomische Lage«, »Wohnsituation«, »Politik«, »Freizeitverhalten« und »Studium« Auskunft gaben. Diese zufällige Stichprobe galt als repräsentativ, weil sie hinsichtlich der Fakultäts-, Geschlechts- und geografischen Herkunftsverteilung sowie des Zivilstands nur geringfügig von den bekannten Zahlen der Grundgesamtheit der Studierenden abwich.<sup>2</sup> Für den Faktor »Politik« ergibt die Befragung Folgendes: Im Oktober 1982 gehören siebzig Prozent der Studierenden keiner politischen Gruppierung innerhalb der Universität an, sie stehen nicht einmal einer nahe. Rund 13 Prozent sympathisieren zwar mit einer Gruppe, sind aber kein Mitglied. Nur 17 Prozent der Studierenden sind Mitglied einer studentischen politischen Gruppierung. Davon gehört die Mehrheit (79 Prozent) dem Verband Studentenschaft Basel (StuB) an, die zu jenem Zeitpunkt an die 800 Mitglieder zählt.<sup>3</sup> Vier Fünftel der Studierenden interessieren sich für die Mitbestimmungsfrage an der Universität. Im ausseruniversitären Bereich beteiligen sich zwei Drittel regelmässig an Abstimmungen und Wahlen, aber lediglich fünf Prozent sind in Parteien organisiert.

eigener politischer Standort	vermutete politische Mehrheitsverhältnisse			
	links	Mitte	konservativ	desinteressiert
links (44%) =100%	20 %	28 %	18 %	34 %
Mitte (45%) =100%	39 %	39 %	7 %	15 %
konservativ (6%) =100%	50 %	40 %	0	10 %
desinteressiert (5%) =100%	33 %	27 %	13 %	27 %
a l l e	30 %	34 %	12 %	24 %

Abb. 1: Eigener politischer Standort und Einschätzung der politischen Mehrheitsverhältnisse der Basler Studierenden in der Befragung zur sozialen Lage 1982.

Zur Bestimmung des politischen Standorts der Studierenden wählten die Basler Soziolog\*innen ein grobes Schema: *links*, *Mitte*, *konservativ*, politisch *desinteressiert*. Die Studierenden wurden gebeten, sowohl sich selbst in diesem Schema einzuordnen als auch den politischen Standort der Mehrheit der Studierendenschaft einzuschätzen. Etwa 44 Prozent der Studierenden verorteten sich selbst im linken Spektrum, 45 Prozent in der Mitte, sechs Prozent als konservativ und lediglich fünf Prozent als desinteressiert. Allerdings waren linke Studierende zu 34 Prozent der

Meinung, dass ein Drittel ihrer Kommiliton\*innen politisch desinteressiert sei, während die Hälfte der Konservativen die Studierenden mehrheitlich für links hielt. Alle überschätzten den Anteil der politisch Desinteressierten, der in der Fremdeinschätzung durchschnittlich mit einem Viertel angegeben wurde. Den Selbsteinschätzungen insgesamt am nächsten kommt die Fremdeinschätzung der Mitte.<sup>4</sup>

Die Umfrage fiel in die Zeit der Jugendunruhen, die nach ihrer Eruption in Zürich im Mai 1980 bald auch ihren Weg nach Basel fanden. Der Grund für das plötzliche Interesse der Universität Basel an sich selbst und ihren Studierenden liegt darin, dass auch sie in die Jugendunruhen hineingezogen wurde. Gleichzeitig wird deutlich, dass es entgegen geläufiger Annahmen eines »Rückzugs der Studierenden aus dem öffentlichen Leben«<sup>5</sup> zu Beginn der 1980er Jahre um *Universität und Jugendunruhen* wesentlich komplizierter bestellt war, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

## Unruhen auf der Universitätsinsel

Am Abend des 30. Mai 1980 versammelten sich mehrere Hundert Jugendliche in Zürich vor dem Opernhaus, um gegen die Kulturpolitik der Stadt zu protestieren. Die Stadtregierung hatte kurz zuvor einen Kredit von sechzig Millionen Franken für die Sanierung des Opernhauses bewilligt, während jugendkulturelle Projekte trotz aller vorherigen Versprechungen leer ausgegangen waren. Im Verlauf der Demonstration schlug der Protest in gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und der Zürcher Polizei um. Der sogenannte *Opernhauskrawall* bildete den Auftakt zu einer zwei Jahre andauernden, schweizweiten Konfliktphase, die von Strassenprotest geprägt war, der immer wieder in Gewalt umschlug, aber auch neue Formen kultureller und politischer Entwicklungen rund um *Autonome Jugendzentren* (AJZ) hervorbrachte.<sup>6</sup>

Am 6. Juni, nur wenige Tage nach den Auseinandersetzungen auf dem Opernplatz, verbot der kantonale Erziehungsdirektor Alfred Gilgen, der im Laufe des Konflikts zum primären Gegenspieler der Jugendbewegung werden sollte, die Vorführung eines Kurzfilms.<sup>7</sup> Zuvor hatten über 2'000 Jugendliche im Theater am Neumarkt, in der Roten Fabrik und im Volkshaus den Film bereits beklatscht als realitätsnahe Präsentation der Auslösung des Opernhauskrawalls. Das Filmdokument behandelte die Ereignisse vor dem Opernhaus und war von der Projektgruppe *Community-Medien* des Ethnologischen Seminars Zürich gedreht worden. Diese forschte seit einem Jahr über den Einsatz von Video im kommunalen Bereich und dokumentierte unter anderem am Beispiel der Aktionsgruppe Rote Fabrik (ARF) Veranstaltung und Aktivitäten. Zusammen mit der ARF hatte die Videogruppe deshalb Aufnahmen rund um die Opernhauskrawalle gemacht. Das Videomaterial belegte die Sichtweise der Jugendlichen, dass es sich bei der Demonstration um eine friedliche Kundgebung gehandelt und die Polizei eine Eskalation provoziert habe.<sup>8</sup> Mit dem Vorwand einer fehlenden Distanz der Filmemacher\*innen zu ihrem Untersuchungsgegenstand und

der Ansicht, das Filmmaterial gehöre dem Staat, da es mit staatlichen Mitteln, Geldern des Ethnologischen Seminars, gedreht worden war, verfügte die Erziehungsdirektion, dass der Film bis auf Weiteres nicht mehr gezeigt werden dürfe. Alfred Gilgen liess in der Presse verlauten, dass die Universität keine *Insel im Rechtsstaat* sei, und drohte mit Konsequenzen. Zwar ergriff das Rektorat der Universität gegen Alfred Gilgen Partei und schloss das Filmmaterial im Universitätstresor ein, um auf paradoxe Weise zu demonstrieren, dass »wissenschaftliches Material den Schutz der Freiheit von akademischer Lehre und wissenschaftlicher Forschung geniessen muss«, doch gezeigt wurde der Film zunächst nicht. Auch für den Lehrbetrieb am Ethnologischen Seminar hatte Gilgens Verbot Folgen: Die Hochschulkommission, bestehend aus Vertretern der Professor\*innen, Assistent\*innen und Studierenden der Universität Zürich, akzeptierte das Aufführungsverbot und untersagte den Einsatz von Geräten und Filmen aus dem Bestand der Universität für politische Zwecke.

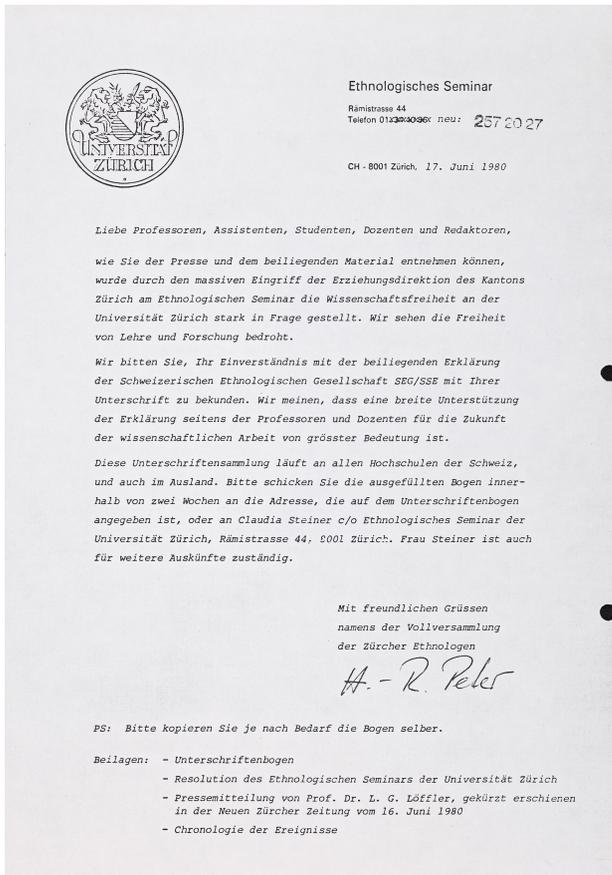


Abb. 2: Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980.

Die Lehraufträge am Ethnologischen Seminar für das Wintersemester 1980/81 wurden vorläufig nicht vergeben, stattdessen die Philosophische Fakultät I damit beauftragt, das Lehrangebot am Ethnologischen Institut auf Wissenschaftlichkeit zu überprüfen. Zudem verlangte die

Staatsanwaltschaft die Herausgabe des eingeschlossenen Films als Beweismittel, in der Hoffnung, weitere Straftaten und -täter\*innen vom Opernhauskrawall zu identifizieren – »ironischerweise war es gerade der vermeintliche Schutz des Universitätstresors, jenes Symbol einer verwahrenden Wissenschaftsfreiheit, der den Film der Staatsverfolgung so leicht zugänglich machte«, da nun bekannt war, wo sich das Filmdokument befand. Plötzlich kam die Universität als staatliches Instrument daher, das sich trotz Streben nach Autonomie und Freiheit der Wissenschaft letztlich dem Staat unterordnen musste.<sup>9</sup> Mit diesem Eingriff in die universitäre Lehr- und Forschungsfreiheit brachten Staatsanwaltschaft und Erziehungsdirektor nicht nur die Zürcher Jugendbewegung sowie Teile der Studierendenschaft gegen sich auf, sondern riefen auch lautstarken Protest der nationalen und internationalen Wissenschaftsgemeinde hervor. Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen aus dem In- und Ausland sahen sich dazu aufgefordert, die Schweiz an ihren Ruf als »eine der zivilisiertesten, demokratischsten, politisch fortschrittlichsten Nationen der Welt« zu erinnern, wie es der englische Anthropologe Jonathan Benthall tat.<sup>10</sup>

In der Folge fand am 12. Juni an der Universität Zürich ein Protesttag von Studierenden statt, in dessen Rahmen eine Vollversammlung abgehalten wurde, an der vor allem Studierende zu Wort kamen. Auch ein Student der Universität Basel griff zum Mikrofon, um im Namen seiner Studierendenschaft seine Solidarität mit den Zürcher Ethnolog\*innen zum Ausdruck zu bringen. Er verkündete, dass sie beabsichtigten, den Film nach Basel zu bringen und ihn im Rahmen einer Veranstaltung zu zeigen.<sup>11</sup> Am 17. Juni erreichte schliesslich auch den Rektor der Universität Basel, Frank Vischer, ein Schreiben des Ethnologischen Seminars in Zürich. Wie man der beiliegenden Erklärung der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft entnehmen kann, sah diese die Freiheit von Lehre und Forschung durch die Ereignisse rund um die Filmgruppe und die Opernhauskrawalle gefährdet und lancierte deshalb eine Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Zürcher Ethnolog\*innen. Adressiert wurden »Liebe Professoren, Assistenten, Studenten, Dozenten und Redaktoren«. Am selben Tag noch beschloss der Verband Studentenschaft Basel (StuB), den »verbotene[n] Film von Zürich« am 20. Juni auf dem Theaterplatz in Basel zu zeigen.<sup>13</sup> Während die Mitglieder des StuB mit dem geplanten Screening des Films ihre Empörung über das Aufführungsverbot zeigen wollten, ist dem Sitzungsprotokoll an anderer Stelle zu entnehmen, dass in Zürich schon ein Vorlesungsboykott stattfand, während in Bern ein Gegenprogramm zum Vorlesungsstreik konzipiert wurde.<sup>14</sup> Ob die Zürcher Ethnolog\*innen mit Unterschriften der Basler Professor\*innen, Assistent\*innen, Studierenden und Dozierenden rechnen durften, geht aus den Akten nicht hervor. Doch geben die Ereignisse, die später folgten, einen Hinweis. Fest steht, dass eine frühe Solidarisierung der Basler Studierenden mit den Zürcher Ethnolog\*innen erfolgte. Daraus sollte sich im weiteren Verlauf der Ereignisse eine solidarische Beziehung zur Jugendbewegung insgesamt entwickeln und aus der Basler Universität ein sowohl imaginärer als auch topografischer Raum für Angelegenheiten der Bewegung werden.

Nachdem es nach den Solidaritätsbekundungen auf dem Theaterplatz zunächst wieder etwas ruhiger um Universität und Jugendunruhen geworden war, brachte die Theaterwoche *Unruhe im Rechtsstaat* im Januar 1981 neuen Schwung nach Basel. Den Abschluss der Theaterwoche bildete eine Podiumsdiskussion im Bernoullianum, einem Departementsgebäude der Universität Basel mit grossem Hörsaal. Aus der Podiumsdiskussion wurde, initiiert von der Jugendbewegung, eine Vollversammlung, auf die »die erste Demo seit Langem« mit rund 150 Teilnehmer\*innen folgte.<sup>15</sup> Bei dieser einen Demonstration sollte es nicht bleiben und so begann nun auch in Basel eine heisse Zeit um eine eigene Jugendbewegung. Am 7. Februar 1981 endete eine (friedliche) Demonstration auf universitärem Terrain. Die StuB hatte sich bei Rektor Vischer für die Abhaltung einer Vollversammlung der Jugendbewegung im Kollegienhaus eingesetzt. Diese mündete schliesslich in ein Uni-Fest mit rund 400 Besucher\*innen.<sup>16</sup> In den darauffolgenden Tagen berichteten Zeitungen über jenen Abend in und vor dem Kollegienhaus. In der *Basler Zeitung* wurde am Folgetag, dem Vorsitzenden der StuB zufolge, ein »verzerrtes und falsches Bild der Veranstaltung vermittelt«, in dem die Jugendbewegung schlecht dargestellt werde. Erich Grädel veröffentlichte daraufhin eine Stellungnahme in Form einer Presseerklärung, die auch im Postfach des Rektors landete. Die StuB wies hier darauf hin, dass die Vollversammlung ohne Beschädigungen verlaufen sei, die Polizei aber Zivilpolizisten in die Universität geschickt habe, um Besucher\*innen und Organisator\*innen zu fotografieren. Grädel schrieb: »Wir haben uns bei Rektor Vischer für die Freigabe des Hörsaals eingesetzt und fordern, dass der Staat der Jugendbewegung auch in Zukunft Räume zur Verfügung stellt (und zwar geeignetere als Hörsäle der Uni)«. <sup>17</sup> Die Basler Studierendenschaft forderte Räume im Namen der gesamten Jugendbewegung. Hörsäle, so scheint es, waren für sie nur ein Anfang: Ziel waren eigene Räume für die Jugendbewegung.

## (Gegen-)Wissen in Bewegung

Noch bevor die Presseerklärung der StuB in der Basler Zeitung abgedruckt wurde, schufen die Bewegten kurzerhand Tatsachen. Am 14. Februar 1981 eroberten sie ein leerstehendes Postgebäude an der Hochstrasse 16, hinter dem Bahnhof SBB. Es wurde »Europas grösstes autonomes Jugendzentrum«. <sup>18</sup> Die Bewegungszeitung *Querschläger* zeigte sich zufrieden mit dem Gebäude mit grossem Hinterhof, wo ausserdem noch »[g]rosse Veranstaltungssäle, Wohnzimmer, Sitzungszimmer, riesige Keller, um Musik zu machen und richtig zu lärmern, eine guteingerichtete Beiz und sämtliche notwendigen sanitären Einrichtungen [...] vorhanden [waren]«. <sup>19</sup> Es entstanden Bewegungszeitungen, aus dem Bedürfnis heraus, eine *Gegenöffentlichkeit* zu den etablierten Medien zu schaffen. <sup>20</sup> Im AJZ wurden Arbeitsgruppen gebildet, eine Beiz eingerichtet, Vollversammlungen (VVs) fanden ab sofort täglich statt. Von Anfang an schickten die Bewegten der StuB ihre Einladungen für ihre Vollversammlungen mit der Post. In jener vom 24. Februar, einer der ersten im AJZ der Hochstrasse, heisst es: »Einladung an alle politischen Organisationen von Basel zu einer VV [...] im

AJZ«. <sup>21</sup> Die »VV« war das zentrale Entscheidungsorgan im AJZ und der Ort, an dem versucht wurde, gesellschaftliche Prozesse gemeinsam zu erfassen und mit Emotionen und Argumenten umzugehen. Die Teilnehmenden wurden in Mut und Redekunst geschult. <sup>22</sup> Diese Prozesse kann man als »knowledge empowerment« <sup>23</sup> beschreiben: Die Jugendlichen wurden durch neues Wissen einerseits und durch Wissensinhalte, die bis dahin von der Gesellschaft unberücksichtigt oder stigmatisiert worden waren, andererseits, ermächtigt. Es zeigt sich, dass die Formierung von *Gegenexpert\*innen* von der Bewegung entscheidend beeinflusst wurde, insbesondere mit Blick auf die Frage nach der Konstituierung kollektiver Interessen. Die neuen Wissensbestände galten dabei als basisdemokratisch erarbeitet und von Wirtschaftsinteressen befreit. *Alternativ- oder Gegenwissen* reichte von Wissen über den gegenwärtigen Zustand, über erstrebenswerte Alternativen bis hin zu Mobilisierung und Protestpraktiken. <sup>24</sup>

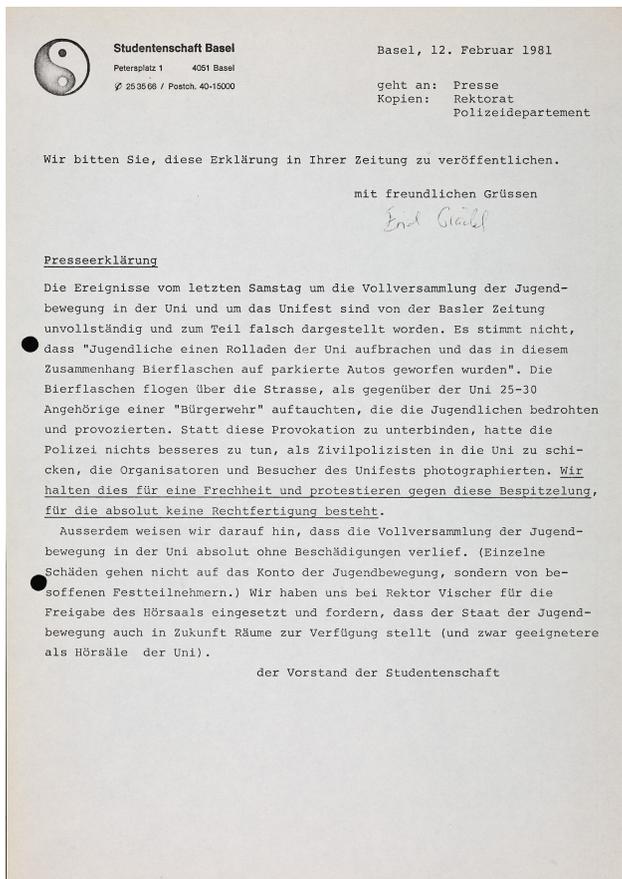


Abb. 3: Presseerklärung des Vorstands der StuB zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981.

Der Begriff des Gegenwissens tauchte im deutschen Sprachraum vermutlich erstmals im Rahmen der 1968er-Proteste auf und wird um 1980 zu einem gängigen Akteur\*innenbegriff. <sup>25</sup> Die Gegenexpert\*innen führten

sozialwissenschaftliche Denkspiele vor, stellten unbequeme Fragen und machten auf ungeplante Folgen sozialen Handelns aufmerksam, um behauptete *Sachzwänge* zu enthüllen und aufzubrechen.<sup>26</sup> Die Jugendbewegung stellte zum einen konkrete politische Forderungen, wie etwa die der staatlichen Finanzierung von Räumen für ein AJZ, zeichnete sich zum anderen aber auch durch klar identifizierbare Werte wie die Ablehnung von Führung und die Opposition zu technologischer Rationalität, Materialismus, dem *rat-race* der 44-Stunden-Woche und noch einiges mehr aus.<sup>27</sup> Politische Debatten im AJZ schlugen oft in ökologische und friedensbewegte Ethik-, Konsum- und Lebensstildiskussionen um, Themen die Anfang der 1980er Jahre zunehmend an Prominenz gewannen.<sup>28</sup> Das von der Bewegung proklamierte Wissen war gegen die im politischen und gesellschaftlichen Diskurs vorherrschenden Wissensbestände und die aus ihnen folgende Politik gerichtet. Ein Artikel vom Februar 1981 aus der Zeitung der Bewegung zeigt, dass Jugendbewegung auch Bildungsprotest hiess:

»[...] Aber wir wollen nicht 8 oder 9 Stunden am Tag gesagt bekommen, was wir zu lernen haben, damit wir durch den Notenstress durchkommen. Wir wollen nicht irgendwelche Scheissarbeiten machen, eine ganze Lehre lang. Wir wollen nicht den ganzen Tag aufs Maul hocken müssen, weil wir sonst rausfliegen – und dafür dann abends ein bisschen im AJZ rumflippen, oder? [...] Und warum sollen wir nicht dort diskutieren, wo wir den ganzen Tag sind. Und warum sollen wir nicht über das diskutieren können, was uns den ganzen Tag stresst.«<sup>29</sup>

Gegenwissen aus der Universität heraus zu fordern, wurde für die StuB zum Spagat. Im Interview mit dem *semainier*, seit 1971 das bescheidene Gegenorgan der bürgerlichen Studierendenschaft zur Zeitschrift der StuB, dem *kolibri*, sagte Erich Grädel:

»Wir organisieren uns [...] nicht gegen Professoren, sondern gegen Missstände im Studienaufbau, gegen verschlechternde Studienbedingungen, Verschulung, etc. Allerdings ist es eben oft so, dass die Professoren als Vertreter dieser Positionen erscheinen und so gegen uns sind.«<sup>30</sup>

Mit den lauter werdenden Stimmen der Gegenexpert\*innen verlor professorale Expertise an Neutralität. Ebenso galt jedoch: Ein AJZ konnte keine Bildungsprobleme beheben. Es musste deshalb eine eigene Strategie her, um gegen die Missstände an der Universität vorzugehen.

## »Alternatives Studierendenzentrum (ASZ)«?

Die Mobilisierung an der Universität Basel lief zunächst nicht ganz so reibungslos ab. Die Folge war ein Arbeitspapier zum Thema *Problem StuB-Jugendbewegung*, konzipiert von einer neu formierten Arbeitsgruppe der StuB. Ihrer Ansicht nach hatte die StuB noch zu wenig Kontakt zur

Jugendbewegung (JB) entwickelt und forderte deshalb dazu auf, sich mehr zu engagieren. Im Arbeitspapier heisst es:

»Die JB ist im Moment in Basel die wichtigste politische Angelegenheit. Sowohl was die Mobilisierung betrifft wie auch bezüglich Auswirkungen [...]. In der JB werden massiv Jugendliche politisiert, die vorher noch nicht aktiv waren. In der JB hat es viele Studis, die – wie die meisten andern Jugendlichen auch – nicht nur auf die Strassen gehen, weil sie für ein AJZ sind, sondern auch gegen all ihre Zwänge, in denen sie überall stecken (z.B. eben auch an der Uni) und weil sie in der JB endlich eine Möglichkeit sehen, sich gegen dieses Packeis zu wehren. Wenn wir nicht völlig neben einem Prozess stehen wollen, [...] müssen wir einen besseren Zusammenhang StuB-JB schaffen.«<sup>31</sup>



Abb. 4: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomen Jugendzentrum erklärt.

In diesem Sinne proklamierte auch die Zeitung des AJZs an einer Stelle:

»Wir wollen nicht nur im AJZ ein anderes/besseres Leben, wir wollen es überall. Im AJZ steht ein Spruch *Beim Verändern verändert sich alles*. Wir hoffen, dass das AJZ nicht allein bleiben wird beim Verändern, sondern dass der Funke aufgenommen wird. In der Schule, in der Bude und in der Uni, und dass er auch wieder zurückgebracht wird, ins AJZ. Sonst bleibt alles beim Alten [...]«<sup>32</sup>

Der StuB zufolge konnten und sollten Studierende die Jugendbewegung als neue Möglichkeit lesen, für ihre persönlichen Anliegen einzustehen und einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, indem sie sich mit dem Denken anderer auseinandersetzen und nicht nur pragmatisch klaren

Arbeitsanweisungen folgen. Diese epistemischen Tugenden des Gegenwissens erinnern stark an jene der Geisteswissenschaften, welche die Universität den Studierenden beizubringen behauptete. Vielleicht war gerade diese Parallelisierung ein strategisches Manöver der StuB, den Spagat zu meistern. Sie war sich jedenfalls sicher, dass die Studierendenschaft in dieser dynamischen Zeit nicht in der Lage war, für ein anderes Thema zu mobilisieren, unabhängig von der Jugendbewegung. Eine stärkere Verbindung zur Jugendbewegung sei Voraussetzung, um auch an der Universität für ähnliche Forderungen kämpfen zu können, schliesslich wollte man nicht »die schon Bewegten bewegen.«<sup>33</sup> Wenn aus der Jugendbewegung eine Studierendenbewegung werden sollte, brauchte es neben dem AJZ auch Räume an der Universität: Im März 1981 fordert die StuB die Universität dazu auf, ihr das Stockwerk über der Mensa an der Bernoullistrasse zu überlassen. Dass die Wahl auf dieses Gebäude fiel, war kein Zufall, denn die Mensa war Kristallisationsort einer ganzen Reihe von Konflikten: Die Preise in der Mensa und in universitären Cafés waren gestiegen, die Qualität des Essens hatte abgenommen und die Mensa nahm zu viel Platz ein, der nicht genutzt wurde, sodass ein Stockwerk der Mensa immer leer stand. Die StuB sah den Grund dafür in kantonaler Fehlplanung, die auch von der Regierung schon längst zugegeben worden war. Angeblich wurden statt der ursprünglich geplanten 1'400 Mahlzeiten täglich nur 350 ausgegeben.<sup>34</sup> Studierende, so die StuB, sollten keine Löcher im Regierungshaushalt stopfen, zumal die Teuerung der Lebenskosten »die in Ausbildung stehenden härter als den Herrn Professor mit seinen hundertfünfzigtausend Jahreseinkommen« treffe.<sup>35</sup> Die StuB forderte zum einen eine Rücknahme der Preiserhöhung und zum anderen, dass ihr die leerstehende Etage zur Selbstverwaltung übergeben werde, denn der StuB fehlten Räume für Veranstaltungen, und für viele Belange seien Hörsäle nun einmal ungeeignet.<sup>36</sup> Sie beklagte, dass die »linke Kultur vertrocknete« und ihr damit ein Medium fehlte, das die Basis aktivieren und politische Inhalte sinnlich vermitteln konnte:

»Mit dem Zusammenbruch der Studentenbewegung vor zehn Jahren und dem Rückzug der politischen Linken in den Funktionäraktivismus vertrocknete ein wesentlicher Teil linker Politik – nämlich linke Kultur.«<sup>37</sup>

Daher setzte es sich die StuB zur Aufgabe, an der Universität wieder konkrete Kulturarbeit zu leisten. Ein Stockwerk der Mensa in Selbstverwaltung schien ihr dafür der geeignete Ort. Zeitgleich wurde eine StuB-Kulturkommission ins Leben gerufen, die sich darum bemühen sollte, die schon bestehende *demokratische Kultur* in die Universität zu bringen, »damit das bürgerliche Stadttheater und die kommerziellen Kinos nicht die einzigen kulturellen Schwergewichte in unserer Gesellschaft bleiben«.<sup>38</sup>

»Neben der Organisation von Veranstaltungen kommt [der StuB-Kulturkommission] in erster Linie die Aufgabe zu, Probleme der Finanzierung und die Frage geeigneter Räume zu lösen. Zudem hat sie die Funktion, immer wieder den Zusammenhang zwischen StuB-Politik und StuB-Kultur sicherzustellen.«<sup>39</sup>

Die StuB hatte mit der Forderung nach eigenen universitären Räumen im März 1981 eine Petition lanciert, für die in den ersten Wochen des Semesters Unterschriften gesammelt werden sollten, schloss aber weitere Aktionen, wie etwa einen Mensa-Boykott nicht aus.<sup>40</sup> Am 14. April zählte die Petition schon 1'100 Unterschriften, wie man einem Protokoll der Mensakommission entnehmen kann. Im selben Schreiben wird festgehalten, dass sie sich gegen einen Mensaboykott entschieden hatten und »eher in Richtung einer Mensa-Besetzung« arbeiten wollten.<sup>41</sup> In Besetzungen waren die Studierenden zu diesem Zeitpunkt schon geübt, zumal sie im Januar 1981, noch bevor das AJZ ins Leben gerufen wurde, bereits das Uni-Café besetzt hatten.<sup>42</sup> Die Aufgaben der StuB-Kulturkommission erinnern stark an die beiden Hauptforderungen der Jugendbewegung: die Forderungen nach Freiräumen und deren staatlicher Finanzierung. Die Annäherung an die Jugendbewegung zeigt sich auch an anderer Stelle, als sich *Gegenwissen* innerhalb der Universität immer mehr zu manifestieren beginnt. Wenngleich von Anfang an Bemühungen um die Jugendbewegung identifiziert werden können, waren Inhalte von Protokollen und Korrespondenzen zwischen StuB und den Hochschulautoritäten doch immer zu einem gewissen Grad von Anpassung, Kompromissbereitschaft und Rücksichtnahme auf die institutionellen Gepflogenheiten gekennzeichnet. Das Amt der StuB war nun einmal eng verknüpft mit dem Auftrag, die Interessen möglichst aller Studierenden zu vertreten. Seit dem Frühjahrssemester 1981 finden sich aber vermehrt Sprachelemente in den Schreiben der StuB wieder, wie man sie von der szenespezifischen Sprache der Jugendbewegung kennt. Man stösst in den Akten immer wieder auf Begriffe wie »Packeis«,<sup>43</sup> »Gegen-Uni«,<sup>44</sup> »Flugi«<sup>45</sup> oder »VV«<sup>46</sup> und auch der Ton wurde bei gewissen Themen rauer.<sup>47</sup> Es ist nicht auszuschliessen, dass auch die Vertreter\*innen der StuB sich bei den VVs im AJZ in Redekunst und Mut hatten schulen lassen. In ihren neuen Anläufen kämpfte die StuB jedenfalls noch entschlossener für Studienreformen und mehr studentische Mitbestimmung in den Hochschulgremien, gegen den Abbau von Stipendien und für selbstverwaltete Räume in der Universität. Neben diesen Anliegen informierte sie ihre Mitglieder zu Beginn des Semesters über eine neu ins Leben gerufene Arbeitsgruppe *alternatives Lehrangebot*. Diese hatte ein alternatives Vorlesungsverzeichnis zusammengestellt, das die Studierenden mit dem offiziellen Universand erhalten sollten.<sup>48</sup> Mittelfristig planten sie ein StuB-Veranstaltungsverzeichnis, bestehend aus alternativen Lehrangeboten der Fachgruppen, regelmässig zu Beginn jedes Semesters zu publizieren. Sie hatten sich zur Aufgabe gesetzt, die offizielle Anerkennung des alternativen Lehrangebots durch die Universität zu erreichen. Konkret lauteten die Forderungen, die Universität solle die Finanzierung solcher Lehrveranstaltungen übernehmen und Studierenden sollte es ermöglicht werden, auch in alternativen Veranstaltungen Testate und Übungsscheine zu erhalten. Ebenfalls Thema war die Anwesenheitspflicht. Darüber hinaus legte die StuB ihren Mitgliedern ans Herz, das offizielle Lehrangebot vermehrt kritisch zu prüfen und künftig mit der Ausarbeitung eigener Konzepte sowie durch Mitbestimmung in Seminarkonferenzen und Berufungskommissionen zu beeinflussen.<sup>49</sup>

»Die StuB soll jeglichen Verschulungstendenzen den Riegel vorschieben, dh. sie soll sich für den Abbau von obligatorischen Lehrveranstaltungen und die Abschaffung der Testatpflicht einsetzen sowie die Einführung von Absenzkontrollen verhindern.«<sup>50</sup>



Abb. 5: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomen Jugendzentrum erklärt.

## Studierendenpolitik am Wendepunkt

Im April 1981 verstand sich die StuB als eine Art Gewerkschaft, die ihre Aufgaben auch ausserhalb der Universität wahrnehmen wollte. Das Recht und die Pflicht, sich mit politischen Problemen zu beschäftigen, die die Universität nicht direkt betrafen, wurden in die Grundsatzserklärung aufgenommen und so vollzog sich eine langsame Verschiebung zu einem neuen, nicht mehr nur hochschulpolitischen Selbstverständnis der StuB. Das Arbeitsprinzip der StuB bestand nun darin, aktuelle politische Auseinandersetzungen in die Universität hinein- und als eigene politische Anliegen wieder in die Gesellschaft hinauszutragen und dabei die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, linken Parteien und anderen Organisationen anzustreben. Allerdings befand sich die StuB schon im Frühjahrsemester 1981 in einer schwierigen Lage. Die Mitgliederzahlen gingen zurück und finanzielle Probleme kamen auf.<sup>51</sup>

Auch für die Besetzer\*innen des AJZ sah es nicht gut aus. Die Stadt zeigte sich nicht kooperativ. Am 5. Mai 1981, keine drei Monate nach seiner Gründung, wird das AJZ an der Hochstrasse geräumt und 141 Personen werden verhaftet. Die Jugendbewegung stellt daraufhin ein Ultimatum für die Bereitstellung eines neuen, gleichwertigen AJZ-Areals, als am 9. Mai

rund 7'000 Personen im Protest gegen die Räumung auf die Strasse gehen. Als die Regierung nicht auf das Ultimatum eingeht, treffen sich am 16. Mai erneut 3'000 Personen auf dem Marktplatz zu einer Grossdemonstration. Auch die StuB mobilisiert mit selbstgestalteten »Flugis« an der Universität für die Teilnahme. Kurz nach der Kundgebung besetzen Jugendbewegte die ehemalige Andlauerklinik am Petersgraben. Das Gebäude erhält die Namen »Hotel California« und »AJZ 2« und wird nur zwei Tage später von der Polizei geräumt. Die Basler Jugend reagiert auf die Räumung mit einer abendlichen VV vor dem Kollegienhaus. Dem Verzeichnis der Personen, die im Zuge der Räumung des AJZs einer polizeilichen Kontrolle unterzogen wurden, sind die Namen mehrerer Studierenden zu entnehmen.<sup>52</sup>

In *kolibri* und *semainier* wurden die Ereignisse laufend thematisiert. Im *semainier* teilte der Biologiestudent Heiner Vischer (heute Grossrat in Basel-Stadt, LDP; nicht verwandt mit Frank Vischer) seine Gedanken zur Jugendbewegung in einem Leserbrief vom 25. Mai 1981:

»[...] Nun wie sind die Auswirkungen für unsere Uni? Abgesehen von verschmierten Wänden, »Solidaritätsplakaten« mit AJZ-Krawallanten, die aus dem SR Bureau<sup>53</sup> hängen (übrigens ein krasser Verstoss gegen das geltende Reglement über die Benützung des Bureaus des SR), ist es (glücklicherweise) bisher ruhig geblieben. Dies kann jedoch in das Gegenteil umschlagen, wenn es einer Minderheit der Studierenden gelingt, die Mehrheit als politisches Potential auszunutzen. Sicher: Jeder hat das Recht auf Meinungsäusserung, nur an der Uni hat dies in einer Art und Weise zu erfolgen, dass die Lehre und Forschung oberstes Primat, jeglicher universitärer Aktivitäten bleiben kann. [...]«<sup>54</sup>

Auch die Universität konnte sich nicht mehr für das Engagement der Studierenden erwärmen. Der Rektor verlangte, die Fahne, von der im Leserbrief die Rede ist, unverzüglich abzuhängen.<sup>55</sup> Sowohl der Rektor als auch der Student Vischer postulierten die Freiheit der Forschung und Lehre als höchstes Primat, ganz im Sinne der Universität. Das Argument, mit dem das Zürcher Rektorat einem Aufführungsverbot eines kritischen Kurzfilms entgegengetreten war, richtete sich in Basel ziemlich genau ein Jahr später und in inneruniversitären Konflikten gegen studentisches Engagement. Die Vorstellung der Universität, sich gesellschaftlichen Einflüssen entziehen zu können, verstärkte nun ihre Abhängigkeit von vorgegebenen staatlichen Bedingungen, die sich schliesslich gerade durch die zwanghafte Aufrechterhaltung von Autonomie zeigte.<sup>56</sup>

Das Engagement des StuB bewegte sich zwischen ausseruniversitärem Aktivismus und inneruniversitärem Einsatz für bessere Studienbedingungen. Einerseits gab ihr der Protest rund um Mitbestimmungsfragen an der Universität Auftrieb: Bei den Studierendenratswahlen im Juni 1981 erhielt sie viele Stimmen. Andererseits stellte es sie nicht ganz zufrieden, dass die Studierenden nur wählten und nicht auch zu anderen Mitteln griffen. In ihrem Statement nach der Wahl äusserte sie noch in der Euphorie über den Wahlsieg zugleich

Enttäuschung: »Auch bei diesen SR-Wahlen verhalf eine grosse Mehrheit von politisch engagierten Studenten mit dem Stimmzettel (der einzigen Waffe, die sie in die Hände zu nehmen wagten) der StuB zu einem überwältigenden Wahlsieg.«<sup>57</sup> Allem Wahlerfolg zum Trotz vertiefte sich die Krise der StuB nach den Wahlen und die Mitgliederzahlen gingen weiter zurück. Während die StuB das politische Desinteresse der Studierenden zunehmend kritisierte, gelangweilt und unzufrieden war, verloren auch die Studierenden das Interesse an dieser Form der Vertretung.

»[...] die jetzige Lage der StuB mit dem Wort ›Krise‹ zu kennzeichnen ist reiner Euphemismus, die StuB ist am Ende, das Grab steht geschaufelt bereit [...]. Eine allgemeine Selbstbesinnung der StuB sollte auch ergeben, dass der sorgsam gehegte Alleinvertretungsanspruch endgültig hinfällig geworden ist, man/frau denke nur an den Mitgliederschwund.«<sup>58</sup>

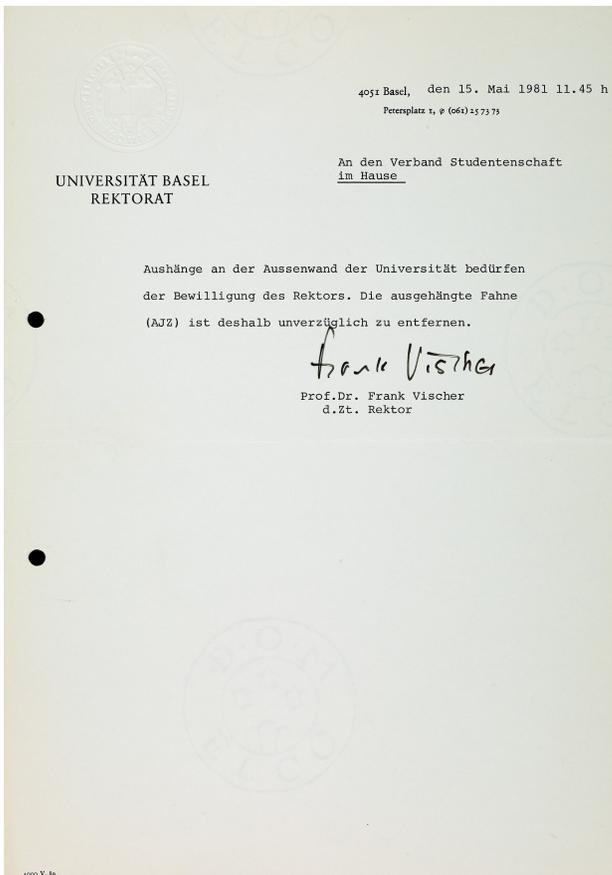


Abb. 6: Schriftliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981.

»[...] nur eine Organisation, die die gesamte Studentenschaft vertritt, hat die Chance politisch etwas zu erreichen. Da die StuB diesen Anspruch

beim besten Willen nicht mehr alleine vertreten kann, drängen sich neue Organisationsformen auf. [...] Eine Alternative wäre eine Erweiterung der Fachgruppe auf alle politischen Schattierungen, erste löbliche Kontakte bei den Ökonomen könnten einen Anfang dazu bilden.«<sup>59</sup>

Im Dezember 1981 wurde der StuB im *semainier* schliesslich abgesprochen, für alle Studierenden sprechen zu können, stattdessen wurden neue Organisationsformen ins Spiel gebracht, die gesamtstudentische Probleme lösen sollten. In Briefen der StuB an ihre Mitglieder liest man immer wieder, dass auch der Kultur-, Mensa- und Lehrangebotskommission Mitglieder fehlten: »Für zusätzliche Ideen und vor allem, um all das auch durchziehen zu können, brauchen wir noch massenhaft Leute, die *mitarbeiten*.«<sup>60</sup> Zwar zählte die StuB im Jahre 1982 immer noch an die 800 Mitglieder und war somit die grösste studentische, politische Gruppierung geblieben, allerdings reichte dies wohl nicht aus, um ihre Vorstösse *durchzuziehen*, so wie sie es wollte, und die Universität gesamtheitlich zu *bewegen*. Die StuB avancierte zu einer politischen Gruppe, die zwar aus der Universität kam, dort aber nicht blieb. Dass die Studierendenschaft keine homogene Gruppierung darstellt, lernte die StuB in Wahlen und durch sinkende Mitgliederzahlen. Die Universitätsleitung erfuhr es im Jahr darauf aus einer Umfrage.

*Adna Ruhotina studiert Medienwissenschaft und Slavistik an der Universität Basel.*



Abb. 7: Frustriert durch die Nicht-Verhandlungsbereitschaft der Regierung wurden am 16. Mai 1981 zwei Liegenschaften am Petersgraben besetzt und zum zweiten AJZ bzw. *Hotel California* erklärt.

# Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Eigener politischer Standort und Einschätzung der politischen Mehrheitsverhältnisse der Basler Studierenden in der Befragung zur sozialen Lage 1982, aus: Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenforschung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983).

Abb. 2: Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 3: Presseerklärung des Vorstands der StuB zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 4 & 5: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomen Jugendzentrum erklärt. Fotos: Claude Giger / archiv@fotogiger.ch.

Abb. 6: Schriftliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 7: Frustriert durch die Nicht-Verhandlungsbereitschaft der Regierung wurden am 16. Mai 1981 zwei Liegenschaften am Petersgraben besetzt und zum zweiten AJZ bzw. *Hotel California* erklärt. Foto: Claude Giger / archiv@fotogiger.ch.

## Literatur

- 1 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenforschung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 1.
- 2 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenforschung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 105. Ende September 1982 waren an der Universität Basel 5'806 Studierende immatrikuliert.
- 3 »Der Kommentar«, *semainier* – Studierendenzeitung, 27. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.3.
- 4 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenforschung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 108f.
- 5 Franz Walter: *Rebellen, Propheten und Tabubrecher: Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (2017), S. 331.
- 6 Vgl. Christian Koller: »Vor 40 Jahren: Züri brännt«, in: *Schweizerisches Sozialarchiv*, <https://www.sozialarchiv.ch/2020/03/01/vor-40-jahren-zueri-braennt/> (2020).
- 7 Hier und im Folgenden David Eugster: »Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts«, in: Studierendenrat der Universität Zürich (Hg.): *Wir sind, was wir erinnern: Zur Geschichte der Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008*, Zürich: Theodor Schmid (2008), S. 31–41, hier S. 40.
- 8 »Verbot eines Video-Films über die Opernhaus-Proteste durch die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich«, Pressecommuniqué, 9. Juni 1989, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 9 David Eugster: »Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts«, in: Studierendenrat der Universität Zürich (Hg.): *Wir sind, was wir erinnern: Zur Geschichte der Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008*, Zürich: Theodor Schmid (2008), S. 31–41, hier S. 40.
- 10 Vgl. Jonathan Benthall: »The Attack on Professor Loeffler«, in: *Rain. Royal Anthropological Institute News* 43 (1981), S. 1–4, hier S. 1.
- 11 Protesttag von Studierenden an der Universität Zürich, 12. Juni 1980, Schweizerisches Sozialarchiv, F\_1000 Vollversammlungen Jugendbewegung Zürich [TON], CD 12\_7\_2, 00:11:54-00:12:31.
- 12 Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 13 StuB Sitzungsprotokoll, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 14 StuB Sitzungsprotokoll, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 15 »Bewegte Zeiten ... Bewegte Basler Maulwürfe greifen zum Griffel«, Zeitung der Maulwurf und Bresche Unigruppe, Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 16 »Bewegte Zeiten ... Bewegte Basler Maulwürfe greifen zum Griffel«, Zeitung der Maulwurf und Bresche Unigruppe, Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 17 Presseerklärung des StuB-Vorsitzenden Erich Grädel zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 18 Mäged Helmy, Andy Wüthrich: *Frei Sicht uff Basel: Das andere Handbuch*, Zürich: Eco Verlag (1982), S. 64.

- 19 »Querschläger. Selber produzierte Zeitung der Jugendbewegung«, November 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 4f. 13-3 (1) 4.
- 20 Booklet zur Ausstellung »Zürich 1980. Poetische Provokationen: Die Sprache der Bewegung« im ZAZ Zentrum Architektur Zürich, 3. September 2020–7. März 2021.
- 21 Briefliche Einladung der Jugendbewegung für eine Vollversammlung im AJZ an der Hochstrasse, Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 22 Vgl. Linda Stibler: »En heisse Summer – Subito. Jugendunruhen in der Schweiz«, in: Ingrid Müller-Münch, Jacqueline Klein (Hg.): *Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat*, Hamburg: Rowohlt (1981), S. 198.
- 23 Steven Epstein: *Impure Science: AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*, Berkeley: University of California Press (1996), S. 234.
- 24 Vgl. Johannes Pantenburg, Sven Reichardt, Benedikt Sepp: »Corona-Protteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen«, in: *Bundeszentrale für politische Bildung*, <https://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325605/corona-protteste-und-das-gegen-wissen-sozialer-bewegungen> (15. Januar 2021).
- 25 Siehe Dieter Rucht: »Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2/9 (1988), S. 290–305.
- 26 Vgl. Dieter Rucht: »Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2/9 (1988), S. 290–305, hier S. 291.
- 27 Vgl. Jonathan Benthall: »The Attack on Professor Loeffler«, in: *Rain. Royal Anthropological Institute News* 43 (1981), S. 1–4, hier S. 3.
- 28 Vgl. Julian Schenke: *Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart*. Bielefeld: Transcript (2020), S. 265.
- 29 »AJZ«, Selbstproduzierte Zeitung des AJZs an der Hochstrasse, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308, S. 1.
- 30 »Das aktuelle Interview«, semainier – Studierendenzzeitung, 27. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 31 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für die Arbeitsgruppen vom StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 32 »AJZ«, Selbstproduzierte Zeitung des AJZs an der Hochstrasse, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308, S. 1, Hervorhebung im Original.
- 33 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für Arbeitsgruppe StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 34 »Zum Mensaproblem«, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-3 (1).
- 35 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 36 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 37 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 38 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 39 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 40 Informationsschreiben über die Aktivitäten der StuB im Frühjahrssemester an ihre Mitglieder, März 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 41 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 42 StuB Sitzungsprotokoll, 13. Januar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 43 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für die Arbeitsgruppen vom StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1). Das »Packeis« stand sinnbildlich für einen repressiven Staat und eine automatisierte Arbeitswelt, gegen das die Jugendbewegung, die »Eisbrecher«, opponierten.
- 44 StuB Vorstandsprotokoll, 5. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 45 U.a. StuB Sitzungsprotokoll, 2. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 46 U.a. StuB Sitzungsprotokoll, 2. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 47 »Es stellt sich nun namentlich die Frage, ob der nächste Wahlkampf autonom oder gewaltlos geführt werden soll.« »SR Wahlen«, semainier – Studierendenzzeitung, 9. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 48 Brief der StuB an ihre Mitglieder, 18. März 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 49 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 50 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 51 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 52 Verzeichnis des Polizeidepartements des Kantons Basel-Stadt, 18. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 53 Studierendenrat Büro.
- 54 Heiner Vischers »Läserbrief«, semainier – Studierendenzzeitung, 25. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 55 Briefliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 56 Heribert Adam: *Studentenschaft und Hochschule: Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (1965), S. 52.
- 57 »SR Wahlen«, semainier – Studierendenzzeitung, 9. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 58 »Ist die StuB zur Bestattung bereit?«, semainier – Studierendenzzeitung, 14. Dezember 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.

- 59 »Studentenpolitik am Wendepunkt?«, semainier – Studierendenzeitung, 14. Dezember 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 60 Brief an die StuB-Mitglieder, 15. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-3 (1), Hervorhebung im Original.